

Deutschland.

Berlin, 1. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten a. D. v. Stab, bisher Commandeur des 3. Pommerschen Inf.-Regts. Nr. 14, den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse, dem Oberamts-Wundarzt, Sanitätsrath Rappold zu Sigmaringen den rothen Adler-Orden vierter Klasse, und dem Wundarzt Johann August Schreiber bei der Provinzial-Frenkheilanstalt zu Dornitz im Kreis Posen das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Landrath Freiherrn v. Zeblich-Leipe zu Bolnisch-Wartenberg bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste den Charakter als Geheim-Regierungsrath; sowie dem Ober-Bergrath Jung zu Bonn den Charakter als Geheim-Regierungsrath; den bisherigen Berg-Hypotheken-Commissarius, Berg- und Brochhoff zu Siegen, zum Ober-Bergrath ernannt; dem Berg-Amts-Assessor A. D. Gütler zu Königsbütte in Oberschlesien den Charakter als Berg-Verwalter; den bisherigen fürstlich Thurn und Taxischen General-Post-Directions-Assessor Dr. Koshirt zum Ober-Post-Director ernannt und dem fürstlich Thurn und Taxischen Ober-Postamts-Rassire a. D. Kerting in Kassel, sowie dem Hauptbank-Buchhalter Rudolph Bernhard Müller bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste, und dem Ober-Bergamts-Secretär Endhaus zu Bonn bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als Rechnungsrath, ebenso dem Photographen Max Pflaum hieselbst das Prädikat eines königlichen Hof-Photographen; desgleichen dem Wildpret- und Federliebhaber Christian Eduard Dängel hieselbst das Prädikat eines königlichen Hof-Vieranten verliehen.

Der Kreisrichter Triepke in Jönoracław ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Jönoracław und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Jönoracław, ernannt worden. — Der Kreisrichter Weber in Wismar ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Senburg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Jüterburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Senburg ernannt worden.

[Bekanntmachung.] Zu Saarburg ist am 1. Juli d. J. eine Telegraphen-Station mit beidseitigem Tagesdienst eröffnet worden. (St.-A.)

Berlin, 1. Juli. [Die Nachricht von der Erschießung Maximilian's.] Die Stellung Frankreichs zu Deutschland. Mehr als man glauben sollte, ist die Nachricht von der Erschießung des Kaisers Maximilian hier in weiten Kreisen Gegenstand des Tagesgesprächs, welcher im Vordergrund der Ereignisse steht. Der erschütternde Eindruck, welchen das persönliche Schicksal des unglücklichen Fürsten hervorbringt, ist erklärlich, darüber hinaus aber schweift der Blick in politischen Kreisen nach Paris, wo man sich soeben ansieht, die ununterbrochene Reihe der erlebten Feste zu krönen und nun den schwarzen Schatten hinzunehmen muß, den der Ausgang der mexicanischen Tragödie auf den Glanz wirft, um das Nachspiel der Kostenrechnung vorzubereiten. Die hier und da hervortretende Ansicht, es könne nach alter Spielregel nun — „Quitte ou double!“ versucht werden und ein Ersatz für den Verlust in Europa und — beinahe selbstverständlich — in und um Deutschland erspäht werden, diese Ansicht hat immerhin etwas Wahrscheinliches; es wird sich ja bald genug zeigen, wie viel Thatsächliches dieser Vermuthung etwa zur Seite steht, jedenfalls ist die Aeußerung derartiger Vermuthungen schon charakteristisch für die Stimmung und es scheint in der That gerathen, sich nicht durch die Feste in Paris blenden und in allzu friedliche Hoffnungen einwiegen zu lassen. Wir haben an dieser Stelle schon kürzlich aus den Andeutungen officieller Organe über Pferde- und Getreide-Ankäufe für französische Rechnung in Ungarn feststellen zu können gemeint, daß man in maßgebenden Kreisen ein sehr achtames Auge auf alle jene Vorgänge hat, es darf vielleicht heute hinzugefügt werden, daß man in jenen Kreisen mit großer Genugthuung auf die Erfahrungen zurückblickt, welche man in günstigster Weise über die bestehenden Einrichtungen in jenem Stadium der Luxemburger Frage vor wenigen Monaten gemacht hat, da dieselbe eine ernstere Wendung anzunehmen droht.

Berlin, 1. Juli. [Umschwung in Hannover.] Die Haltung der französischen Regierungsblätter. — Die Spielbanken. — Das Militär-Advancement. In den letzten Tagen war ziemlich allgemein die Beforgnis verbreitet, daß unbefonnene Elemente der welfischen Partei den Jahrestag von Langensala zu Kundgebungen mißbrauchen würden, und auch die Regierung hatte sichere Demonstrationen gegeben war; die Nachrichten lauten jetzt aber ganz anders, als man danach erwarten mußte. Allerdings war hier und da in Hannover durch die Agitationspartei angedeutet worden, König Georg werde am 27. oder 28. Juni wieder dort erscheinen, und man hat sichere Anzeichen dafür, daß es große Mühe seiner intimsten Anhänger in Hannover selbst gekostet hat, um ihn und seine Umgebung in die Nähe von solchem Schritte abzubringen; Alles war darauf angelegt, welfische Demonstrationen hervortreten zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, die Anhänger ihrer Partei in die Hände der preussischen Strafgerichtsbarkeit zu liefern. Dem gegenüber aber ist es um so erfreulicher, daß alle solche Beforgnisse sich nicht bestätigt haben, daß die welfischen Verlockungen dem gesunden Sinne des Volkes gescheitert sind und nicht der geringste Versuch einer Störung der Ruhe oder einer Verletzung der Autorität der Regierung gemacht worden ist. Man kann also hierin wohl einen Beweis dafür finden, wie vortheilhaft in Hannover die Entscheidung der Fäden in der Verbungs-Angelegenheit eingewirkt hat, und dieser Umschwung in der dortigen Stimmung dürfte nun auch wohl die verbliebenen Anhänger des Königs Georg von ihren thörichten Einbildungen zurückbringen. Aber Hannover ist nicht der einzige Ort, wo sich solcher Umschwung vollzogen; wir dürfen bei dieser Gelegenheit wohl auch auf Nassau hinweisen, von wo aus in Correspondenzen der „K. Z.“ wiederholt hervorgehoben wird, daß Alles, was dort auf Intelligenz, Thätigkeit und Selbst-Anspruch macht, gut preussisch gesinnt ist und es mit jedem Tage mehr wird. — Der feindlichen Haltung der Regierungsblätter in Frankreich wird sicher vielfach eine viel zu große Bedeutung beigelegt; es sind bestimmte Anzeichen dafür vorhanden, daß dieselbe von oben her mehr aus inneren Gründen gebildet und sogar ermutigt wird als aus Gründen der äußeren Politik. Daher hält man es für wahrscheinlich, daß diese Haltung noch so lange währen wird, bis der Militär-Credit in Frankreich wieder hergestellt ist. Ob nachher noch, ist abzuwarten und dürfte sehr zu bezweifeln sein. Daß sich aber die dänische Presse durch diese Haltung der französischen in ihren Hoffnungen so besonders gehoben fühlt, ist jedenfalls eine für diese Presse bedeutende Ueberschätzung der französischen. Indes, daß man sich in Dänemark solchen Vorpostenstellungen hingibt, ist erklärlich. — Die Verhandlungen mit den Gesellschaften der Spielbanken, von denen wir neulich gesprochen, sind im Gange und der Geh. Regierungsrath Wohlers aus dem Ministerium des Innern ist zu diesem Zwecke nach den betreffenden nassauischen Bädern gereist. — Die Nachricht, daß der Polizeipräsident v. Baerensprung in Posen durch den Landrath v. Massenbach ersetzt werden solle, ist unbegründet. — Dem Vernehmen nach ist die Besetzung der nassauischen Landrathsämter nun erfolgt. — Wir hatten

gesagt, daß die Nachrichten von einem großen Avancement für den 3. Juli schon dadurch nur als Vermuthung hingestellt wurden, daß das große Avancement schon am Doppeltage stattgefunden. Möglicherweise könnte indeß für den Fall, daß die dem Vernehmen nach beabsichtigte Eintheilung der Armee, zwei Armee-Corps in eine Armee-Abtheilung zusammenzufassen, zur Ausführung käme, ein solches Avancement von jebigen Armee-Corps-Commandeuren zu Armee-Commandeuren stattfinden. — Graf Eulenburg hat heut Mittag seine vierzehntägige Urlaubskreise, zunächst auf's Land, angetreten. Herr v. Roon ist heut zur Feier des 3. wieder eingetroffen.

Berlin, 1. Juli. [Preßproceß gegen die „Zukunft.“] Der erste Criminalsenat des königl. Kammergerichts verhandelte heute einen Preßproceß gegen die hieselbst erscheinende Zeitung „Die Zukunft“ in zweiter Instanz. Es handelte sich dabei um einen Correspondenzartikel aus Cöln d. d. 22. Februar. Dieser Artikel, überschrieben: „Zur neuen Aera der Veröhnung, Indemnität, Amnestie“, enthält die Mittheilung, daß das Kreisgericht zu Cöln zum ersten Mal mit einem Preßproceß befaßt wäre und zwar gegen den Kreisrichter Lyon aus Königsberg i/N., der „ein böses Flugblatt“ über die octroyirte Verordnung über die Darlehenkassen veröffentlicht habe. Der Artikel sagt, daß gerade wegen dieser Verordnung das Ministerium Indemnität nachgeschickt habe und fügte hinzu: „Aber das thut nichts, so sagt der Patriarch in Lessings „Nathan“; das Flugblatt wird verbrannt und der böse Verbreiter gleichfalls.“ Die Staatsanwaltschaft hatte in diesem Artikel mehrfache Schmähungen und Verhöhnungen von Beamten und Behörden gefunden und deshalb gegen den Redacteur der „Zukunft“, Dr. Guido Weiß, die Anklage aus § 102 des Straf-Gesetz-Buchs erhoben. Das Gericht erster Instanz fand nur in dem Citat aus Lessings „Nathan“ eine Beleidigung des Kreis-Richters zu Cöln, indem darin die Behauptung gefunden wurde, daß der Kreisrichter Lyon (ein liberaler Mann) unter allen Umständen verurtheilt werden würde und verurtheilte deshalb den Dr. Weiß, der zugleich, daß er den Artikel mit Kenntniß seines Inhalts veröffentlicht habe, zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Gegen dieses Erkenntniß hat Dr. Weiß die Appellation eingelegt und in derselben besonders bestritten, daß das Citat aus Lessings Nathan angewendet werden könne. Diese Appellation wurde im heutigen Audienztermine von dem Vertheidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Schwarz, in ausführlicher und äußerst geschickter Weise gerechtfertigt. Der Vertheidiger hob besonders hervor, daß der Artikel humoristisch gehalten sei und daß derselbe deshalb nicht durch eine criminalistische Brille betrachtet werden könne. Der Artikel spreche gleichwohl seinen Schmerz nur darüber aus, daß trotz der Indemnität, trotz der Beseitigung des Verfassungskonflikts, liberale Männer wegen Handlungen verfolgt würden, welche sie während des Conflicts begangen hätten. Sein Antrag lautet auf nicht schuldig. Der Staatsanwalt Frhr. v. Blotho führte dagegen aus, daß der ganze Artikel ein Ausfluß des Aergers darüber sei, daß, nachdem der Conflict beseitigt worden, man die schwebenden Preßproceße nicht auch mit dem Mantel der kritischen Liebe zudecken habe. Er erachtete die vom ersten Richter erkannte Strafe für sehr gelinde und beantragte die Bestätigung des ersten Erkenntnisses. Das Kammergericht trat jedoch der Ansicht des Vertheidigers bei, änderte das erste Erkenntniß ab und sprach das Nichtschuldig über den Angeklagten aus. Der Gerichtshof nahm an, daß einmal das genannte Citat nicht auf das Kreisgericht zu Cöln in Anspruch genommen werden könne, daß ferner aber auch in demselben ein Vorwurf der Parteilichkeit nicht zu finden sei. Die vom ersten Richter ausgesprochene Vernichtung des Artikels wurde aufgehoben.

[Der Prinz und die Frau Prinzessin Carl] gedenken am 4. d. Mts. Morgens nach Paris abzureisen, besuchen aber unterwegs noch Wesel.

[Die Minister.] Nach der Abreise Sr. Majestät des Königs werden die jetzt noch hier verweilenden Staatsminister, wie man hört, ebenfalls ihre Urlaubsreisen antreten mit Ausnahme des Cultusministers v. Mähler, welcher bis in die zweite Hälfte des Juli hier zu bleiben gedenkt. Nach neueren Nachrichten ist es wahrscheinlich geworden, daß der Ministerpräsident Graf Bismarck seinen Aufenthalt in Pommern nicht unterbricht.

[Der Regierungsrath Zimmermann zu Oppeln] ist als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern berufen worden.

[In Cöln] ist gestern (30. Juni) Abend Graf Krosow v. Wiedrode, Mitglied des Herrenhauses, Erbseign von Hinterpommern, nach kurzer Krankheit gestorben. Er war 67 Jahre alt.

[Die „Situation“, das Pariser Welfenblatt], zeigt an, daß, da ihr nunmehr der Eintritt in Preußen untersagt sei und Herr v. d. Goltz sogar in Paris ihre Unterdrückung verlangt habe, sie sich veranlaßt sehe, ihre Preise herunterzusetzen. Hr. Ernst Hollander erläßt gleichzeitig ein Ultimatum an Frn. v. Bismarck. — Von einem Verbot des Blattes in Preußen ist hier nichts bekannt. Auch wird bestritten, daß Hr. v. d. Goltz die Unterdrückung des Blattes beantragt habe.

[Der Abschluß des Postvertrages zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt] ist noch nicht zu Stande gekommen und zwar, es heißt, in Folge einiger Forderungen, welche darmstädtischerseits noch erhoben werden und deren Concedirung preussischerseits sich mit dem Interesse des Dienstes nicht vereinigen läßt. Indes wird, wie der „Köln. Z.“ berichtet wird, Preußen vom 1. Juli ab die Postverwaltung im Großherzogthum thatsächlich zu übernehmen haben.

[Hadersleben, 29. Juni.] [Zurücknahme der Ausweisungsmassregel.] Dem „Hamb. Corr.“ wird vom vorstehenden Datum telegraphirt: „Ein Regierungsbefehl stiftet die Ausführung der gegen die Familien entwichener nordschleswiger Militärpflichtigen erlassenen Ausweisungsmassregel.“

[Dortmund, 27. Juni.] [Die Wahlagitationen] beginnen sich bereits in unserem Kreise aufs Lebhafteste zu regen. Während die Fortschrittspartei an ihrem bisherigen Reichstags-Abgeordneten Dr. Becker festhält, ist man in den national-liberalen Kreisen noch nicht soweit einig, welchen Candidaten man aufstellen soll. Die uns bekannt gewordenen Namen gehören aber sämmtlich der liberalen Richtung an. Der bei der ersten Reichstagswahl aufgestellte Candidat, Freiherr v. Rynsch, soll diesmal fallen gelassen werden und dafür ein Anhänger der entschieden national-liberalen Richtung in Vorschlag kommen. Jedenfalls aber wird man sein Augenmerk auf eine allgemein bekannte Persönlichkeit richten. Dr. Löwe-Calbe wird vielseitig gewünscht, selbst von den Führern der national-liberalen Partei, doch beanstandet man seine Abstammung im Abgeordnetenhaus bei Gelegenheit der Annahme der Reichsverfassung. Wie wir hören, ist man von hier aus bereits mit einem Candidaten in Verbindung getreten, um sich über dessen Wahlannahme zu vergewissern. (B. u. H.-Z.)

[Dortmund, 29. Juni.] [Religiöser Reformverein.] Gestern wurde hier von F. Ronge ein religiöser Reformverein gebildet. Bei den Vorträgen von Ronge und Reichenbach waren viele Freunde des religiösen Fortschritts aus Offenbach. (Fr. Z.)

Oesterreich.

Wien, 30. Juni. [Zur mexicanischen Katastrophe] schreibt der „Wand.“: Es dürfte von Interesse sein, die Schritte zu verfolgen, welche von Seite der kaiserlich-oesterreichlichen Regierung schon seit Monaten zur Abwendung dieser furchtbaren Katastrophe unternommen worden sind, welche mit dem Tode des Kaisers Maximilian ihren Abschluß fand. Schon zur Zeit des

Abzuges der französischen Truppen hielt es Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich, von dem Gedanken ausgehend, daß Kaiser Max zugleich mit Marischall Bazaine Mexico verlassen werde, für angemessen, die Frage in Erwägung ziehen zu lassen, ob nicht dem Kaiser Max die Rückkehr dadurch zu erleichtern sei, daß er in alle jene Rechte als nächster Agnat wieder reintegriert werden soll, auf welche er vor seinem Abgang nach Mexico verzichtet hatte. Wenn dieser Sache zu jener Zeit eine weitere Folge nicht gegeben wurde, geschah dies, abgesehen davon, daß andere (wohlwollende) Rechte in Frage standen, die eine reifliche Prüfung erforderten, aus dem Grunde, weil Kaiser Max in Mexico blieb und den Kampf mit den ihm zu Gebote stehenden einheimischen Kräften fortsetzte.

Als die Nachricht von seiner Gefangennahme hier eintraf, wurde Alles angewendet, um eine diplomatische Intervention Gesamt-Europas zu seinen Gunsten eintreten zu lassen. Früher schon war der kaiserl. oesterreichische Gesandte in Washington beauftragt worden, sich an die Regierung der nordamerikanischen Freistaaten zu wenden, um ihr actives diplomatisches Einschreiten für den Fall einer dem Kaiser drohenden Gefahr in Anspruch zu nehmen.

Es ist bekannt, daß Herr Seward diesem Ansuchen Folge gab und die amerikanische Regierung damals schon bei Juárez bona fide in dieser Richtung sich verwendete.

Als die Capitulation des Kaisers Max bekannt geworden war, wurden Frankreich, England, Rußland und Preußen angegangen, ihren Gesandten in Washington den Auftrag zu ertheilen, ihre Bemühungen mit jenen des kaiserl. oesterreichischen Gesandten zur Rettung des Kaisers Max zu vereinigen.

Sämmtliche Mächte leisteten diesem Ansuchen Folge; — die Königin Victoria mit dem Zusage: „daß es sich um Rettung des Lebens eines theuren nahen Verwandten handle.“

Eine Hoffnung bot sich noch dar, als man hierorts die Gründe in Erfahrung brachte, mit welchen der Juaristische Gesandte in Washington Rom zu einem strengeren Verfahren gegen Kaiser Max zu rechtfertigen versuchte. Sie waren im Wesentlichen darauf basirt, daß Kaiser Max immer Präsident bleiben, stets als unruhigen Köpfe von Mexico um sich versammeln und daher das Land in fortwährende Beunruhigung versetzen würde.

Es wurde daher unternommen im kaiserl. oesterreichischen Familienrath beschließen, den Kaiser Max in alle Rechte als nächster Agnat wieder einzurufen, von ihm den vollen Verzicht auf seine Ansprüche als Kaiser von Mexico zu erwirken, und für die Ausführung dieser Verzichtleistung die nöthigen Bürgschaften zu gewinnen.

Dem kais. oesterreichischen Gesandten in Washington wurde auch hierüber telegraphisch Auftrag ertheilt.

Seward zeigte sich wieder zur lebhaften Unterstützung geneigt. Weiter scheint sie nach den vorliegenden Nachrichten erfolglos geblieben zu sein. Die Befehlsgabe wurde niemals angeregt. Am kais. oesterreichischen Hofe herrschte volle Bereitwilligkeit, Obgleich zu geben; es war aber die größte Nothwendigkeit, um nicht den Gedanken eines Eingriffes in den kriegsgerichtlichen Proceß zu erregen und hierdurch etwa das Schicksal des Kaisers Max zu verschlimmern. Diese letzte Rücksicht waltete auch da bei Ventilation der Frage, ob nicht eine Vertrauensperson an Juárez abgeordnet werden solle. Man ist hierin gescheitert, da, abgesehen von einer ablehnenden Wendung, welche dieser Schritt dem Schicksale des Kaisers Max hätte geben können, im Falle der Entscheidung auch Juárez compromittirt worden wäre.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 1. Juli. [Arbeiterverein.] In der am Sonnabend stattgehabten Versammlung hielt Hr. M. Weiß einen historischen Vortrag, der Epochen aus der französischen Revolution von der Ertönnung der Bastille bis zur Einführung der republikanischen Zeitrechnung lieferte. Darauf entstand über die Hinrichtung des Königs und andere hervorragende Momente jener geschichtlichen Epoche eine längere Debatte, an welcher die Herren Kaufe, Weiß, Dumas, Uhr und Wolf sich beteiligten. Es wurde nun zur Erleuchtung der Fragen geschritten. Die erste lautete dahin, ob die Hinrichtung des Kaisers Maximilian gerechtfertigt wäre? Hr. Redacteur Dumas bemerkte hierauf, wohl haben der leidenschaftlichen Erregung während der französischen Revolution die damaligen blutigen Ereignisse entsprochen; heute aber verlange man nicht die Vernichtung der Gegner, und den fortgeschrittenen humanen Ideen gemäß werde auf die allgemeine Aufhebung der Todesstrafe hingewirkt. Nächste Frage, ob sich nicht mehr Ordnung auf dem Gebiete der Vereinigungen herstellen lasse. Vorhergehend Hr. Scheil erwiderte, es geschehe das Mögliche. Die dritte Frage betraf die Art, in der wissenschaftlich gebildete Männer für die Vorträge im Verein zu gewinnen wären. Hr. Scheil erklärte, es seien bereits mehrere solcher Vorträge angemeldet, doch sei der Sommer dem Vereinswesen nicht günstig. Lebhafteste Discussion erregte die Frage, wie viel Mitglieder dürften wohl wegen Mangels an belehrenden Vorträgen ausbleiben? Vorhergehend bemerkte hierauf, die Selbsthilfe möge auch auf diesem Gebiete angewandt und von jedem Mitgliede dem Vereinsinteresse die volle Kraft gewidmet werden. Herr Schilling wies darauf hin, der Verein habe sich mit seiner bekannten Resolution keinen Nutzen geschaffen, das beweisen diese Fragen; man werde überall abschlägigen Bescheid erhalten und müsse es hinnehmen. Hr. Geis glaubt, die Resolution sei wenig schuld daran. Hr. Scheil betonte nochmals, daß die Zeit für die Entwicklung der Vereinsfähigkeit durchaus nicht günstig. Hr. Uhr begreift nicht, warum so oft der Resolution gedacht wird. Man könne ja wissenschaftliche Vorträge auch von solchen Männern erbitten, welche nicht derselben politischen Richtung angehören. Hr. Schilling tadelt die Kritik, welche gegen einen neulich gehaltenen Vortrag geübt wurde, und findet selbige nicht in der Ordnung, berichtet aber aus's Wort, nachdem der Vorsitzende ihn zur Ordnung gerufen. — Eine andere Frage lautete dahin, ob hat der projectirten Erhöhung der Tabaksteuer nicht eine Zugsteuer z. B. für Equipagen, Grabdenkmäler, Gräbner, Haarbretel u. s. einzuführen wäre? Darüber sprachen die Herren Wolf, Uhr und Krause. — Auf eine Anfrage, welche für die Nationalliberalen die Benennung „Zweck-Willkürsmaschine“ vorschlug, äußerten sich die Herren Wolf, Uhr und Dumas, welcher letztere vor vergleichenden Beschimpfungen anderer Parteien warnte, während die anderen Redner die Hoffnung aussprachen, daß die Nationalliberalen später wieder ihrer alten Meinung folgen werden. — Auf die Frage: Ist es nicht an der Zeit, daß der Wahlverein sich rührt in Betreff der Reichstagswahlen? antwortete Hr. Hoffrichter, der genannte Verein werde wohl innerhalb 8 Tagen eine Versammlung halten. — Es blieb lag noch die Frage vor, ob abgesehen von dogmatischen Lehren, auch durch den gefunden Menschenverstand die Fortdauer des Geistes nach dem Tode bewiesen werden kann. Nachdem mehrere Redner sich in verschiedenem Sinne geäußert hatten, erklärte Hr. Dumas, die Fortdauer lasse sich mit dem gefunden Menschenverstand ebenso wenig widerlegen als beweisen und man müsse daher jede Ansicht achten. Die Versammlung war von 30-40 Mitgliedern besucht.

Breslau, 2. Juli. Angekommen: Ihre Durchl. Fürstin v. Cassfeld-Schönstein, aus Trachenberg. Se. Durchl. Fürst v. Sultowski, aus Reichen. v. Friedensburg, Oberst a. Fr., aus Reife.

Gestorben wurden: Schulgasse Nr. 12 eine alte schwarzseidene Mantille mit breitem Sammetbesatz, 2 neue gebrochene Nesselbüchsen, 1 rothgestreifte Weinwandbüchse, 1 Paar neue wollene Strümpfe, 1 neues rosa Halstuch, ein neues Hemde und ein mit 17 Granaten besetztes gewebenes Kreuzchen von Kron-gold; Grabhauerstraße Nr. 22 ein weißer Kattunrock, 1 roth- und schwarz-gekreifter wollener Unterrock, 1 schwarze Duffeljacke, 1 braungekreifter und 1 blaue Schürze, 1 graues Umhangsgewand mit blauem Rand und ein Portemonnaie mit 10 Sgr. Inhalt; auf dem Neumarkt einem Butterhändler von seinem Wagen 1 schwarzer Krimmerpelz mit grauem Tuchüberzug, im Rücken war ein weiß- und rothgestreiftes Hundesell eingestickt; einem Herrn, welcher sich in der Kleinen Scheinergasse vor dem Hause zum Emmahof nieder-gesetzt hatte und eingeschlafen war, aus der Westentasche 1 silberne Cylinders-Uhr mit Goldrand.

Verloren wurden: 1 Granat-Broche in Form eines Kleeblattes und eine Damenuhr mit turker, goldener Kette, kleinem Beschaft und Ubrhaken, letztere in Form einer Pyra mit einem von Berlin umfassen Amethyst verziert.

Gefunden wurde: 1 Cigarren-Etui, in welchem sich eine auf den stud. med. Friedrich Fischer lautende Erlaubungsscheine befindet. (Frb.-Bl.)

Siegnitz, 1. Juli. [Zum Jubelfeste.] — Einführung des Sym-nathal-Directors. — Protector Briz. — Chef-Präsident von



